

Neue rechtliche Spielräume der Videoüberwachung in Baden-Württemberg – Rechtssichere Anwendung nach Änderung des § 18 LDSG

Produktnummer

2026-54060F

Termin

25.02.2026

09:15–16:45 Uhr

Gebühren pro Teilnehmer/-in

280,00 EUR

Die VWA geht davon aus, dass der Arbeitgeber die Teilnahmegebühr sowie Reisekosten übernimmt.

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum unterliegt in Baden-Württemberg neuen rechtlichen Rahmenbedingungen. Mit der Änderung des § 18 des Landesdatenschutzgesetzes wurden die Einsatzmöglichkeiten erweitert, Speicherfristen angepasst und erstmals auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen. Für Behörden ergeben sich daraus neue Handlungsspielräume, aber auch erhöhte Anforderungen an die rechtssichere Umsetzung.

Das Seminar stellt die aktuellen gesetzlichen Neuerungen strukturiert dar und ordnet sie verfassungsrechtlich ein. Sie erhalten einen Überblick über zulässige Anwendungsbereiche, rechtliche Grenzen und Pflichten der Behörden sowie über die besonderen Anforderungen beim Einsatz von Videoüberwachung gegenüber Bürger*innen und Beschäftigten. Ergänzend wird ein Einblick in die KI-Verordnung gegeben, soweit diese beim Einsatz von Gesichtserkennungssoftware relevant ist. So gewinnen Sie Sicherheit bei Planung, Einsatz und Bewertung von Videoüberwachungsmaßnahmen im behördlichen Kontext.

Inhalte

Verfassungsrechtliche Voraussetzungen und Grenzen der Videoüberwachung

Videoüberwachung als verfassungsrechtlicher Eingriff

Verfassungsrechtliche Anforderungen an den Eingriff

Bürger*innen und die Behörde

Videoüberwachung in Baden-Württemberg

Beobachtung, Drohnen

Öffentliche Einrichtungen, öffentlich zugängliche Räume und schützenswürdige

Objekte

Hausrecht

Ort

Haus der Akademien
Eisenbahnstr.56
79098 Freiburg

Kontakt

Information

Nilgün Bortoli
bortoli@vwa-freiburg.de

Konzeption und Beratung

Christian Heinrich
Heinrich@vwa-freiburg.de

[Anmelde- und
Teilnahmebedingungen](#)

[Impressum](#)

[Datenschutzhinweise](#)

Aufgabenerfüllung

Einschränkungen durch Erforderlichkeit und schutzwürdige Interessen der Betroffenen

Keine Zustimmung

Speicherung

Hinweispflichten

Löschungspflicht (verlängert)

Arbeitnehmer und die Behörde

Der Konflikt

Keine permanente Überwachung des Arbeitsplatzes

Überwachung der Arbeitnehmer im sonstigen Bereich

Verhältnismäßigkeit

Personalvertretung

Dozierende

Jan-Philipp Faehrmann